

Eine Welt-Politik in Bayern. Position der Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

Hans Jürgen Fahn



Im Bewusstsein der Bevölkerung stehen die FREIEN WÄHLER vor allem für eine Stärkung der Kommunen, für Regionalität und Subsidiarität. Das ist sicherlich richtig, da die FREIEN WÄHLER ihre Wurzeln in der Kommunalpolitik haben.

In Zeiten der Globalisierung, in einer Welt, die zunehmend zusammenwächst, genügt es aber keineswegs, sich „lediglich“ in der traditionellen Weise mit kommunalen Themen zu befassen. Oder lassen Sie es mich anders ausdrücken: In einer Zeit der Globalisierung beginnt Entwicklungspolitik zunehmend bei jedem einzelnen und damit unmittelbar vor Ort, in der Kommune. Denn nachhaltige Entwicklung funktioniert nur, wenn sich jeder für eine menschenwürdige Gesellschaft einsetzt. Jede Kommune und jeder einzelne von uns ist in der Lage, hier seinen Beitrag zu leisten.

Ich möchte das an einem ganz konkreten Beispiel zeigen – an der sogenannten UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 – 2014). Im Jahr 2002 haben die Vereinten Nationen (UN) für die Jahre 2005 bis 2014 die Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgerufen. Die internationale Initiative will dazu beitragen, die Prinzipien nachhaltiger

Entwicklung weltweit in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. An dieser Dekade können auch Städte und Kommunen teilnehmen, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. Was zunächst reichlich theoretisch klingt, lässt sich praktisch sinnvoll umsetzen, wie das Beispiel der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz zeigt.

Als erste Stadt Deutschlands erhielt Neumarkt im November 2010 unter Oberbürgermeister Thomas Thumann (UPW/FW) bereits zum dritten Mal den Titel "Stadt der Weltdekade". Neumarkt hat schon vor vielen Jahren die Vision einer nachhaltigen Kommune formuliert und kommt diesem Ideal mit großen Schritten näher. Bildung spielt dabei eine herausragende Rolle. Neumarkt fördert zahlreiche Initiativen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung vermitteln. Der „Erlebnisraum Nachhaltigkeit" zeigt Kindern und Jugendlichen spielerisch, warum fair gehandelter Kaffee eine gute Wahl ist oder was Fußbälle mit Kinderarbeit zu tun haben. Wie sich die Globalisierung auf den Alltag auswirkt, zeigt auch das Projekt „Eine Welt macht Schule". Zu den weiteren Modellprojekten gehört das Bürgerhaus Neumarkt. Als Anlaufstelle für alle Bürger leistet es Hilfe von der Kinderbetreuung bis zum Energiesparen. Das Bürgerhaus organisiert jährlich die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz.

Obwohl bisher erst relativ wenige Kommunen entwicklungspolitisch aktiv sind, gibt es viele kommunale Handlungsfelder mit Eine Welt-Bezug (siehe auch „Kommunen und Eine Welt"; eine Handreichung des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., 2010). Mögliche Handlungsfelder sind dabei u.a.:

- Die Unterstützung des lokalen bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements.
- Kommunale Partnerschaften als Schlüssel für Netzwerke von unten nach oben.
- Globales Lernen in der Kommune; Stichworte sind hier Menschenrechte, Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und politische Teilhabe.
- Das kommunale Beschaffungswesen; wobei erwähnt werden muss, dass 50% des jährlichen öffentlichen Beschaffungswesens in Deutschland von den Kommunen kommt.

Insgesamt treten die FREIEN WÄHLER für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ohne ausbeuterische Kinderarbeit ein – allerdings haben bisher nur ca. 65 Kommunen in Bayern (ca. 200 in Deutschland) einen ausdrücklichen Beschluss gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit gefasst.

In diesem Bereich gibt es also noch sehr viel Potenzial zu heben. Die FREIEN WÄHLER setzen sich für eine Bürgergesellschaft ein. Wichtig ist für uns dabei die sog. Lokale Agenda 21, d.h. ein Handlungsprogramm, das die Kommunen in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln soll. Maßnahmen in zahlreichen Politikfeldern sollen die Lebens- und Wirtschaftsweise für die Menschen zukunftsfähig zu gestalten. Die Agenda 21 spricht außer den internationalen Institutionen und den Nationalregierungen alle politischen Ebenen an, also eben auch gerade die kommunale Ebene, unter dem Motto *Global denken – lokal handeln!*

Auch hier kann man als positives Beispiel die Stadt Neumarkt anführen, die als erste Stadt Deutschlands (mit dem Ingolstädter Verfahren) eine Lokale Nachhaltigkeitsstrategie mit Stadtleitbild und Stadtentwicklungsprogramm – im Rahmen eines Lokale-Agenda-21-Prozesses – entwickelt und beschlossen hat. Neumarkt verfügt über eine besondere lokale Nachhaltigkeitskultur. Viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten sind auf der örtlichen Ebene verankert, die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ist daher ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele.

Eine Welt-Politik muss aus unserer Sicht aus zwei Richtungen betrieben werden, die einander ergänzen und ineinander greifen müssen. Die eben angeführten Beispiele zeigen dabei die Umsetzung nachhaltiger Eine Welt-Politik von unten nach oben. Eine Welt-Politik muss aber darüber hinaus auch von oben nach unten gestaltet werden, d.h. die Politik muss in bestimmten Bereichen entsprechende Rahmenbedingungen vorgeben. Auch das möchte ich an einem konkreten Beispiel veranschaulichen: Für uns FREIE WÄHLER ist im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit ein äußerst wichtiger Punkt, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen. Wir alle wissen, dass der Klimawandel eine der größten globalen Herausforderungen ist. Hier gilt es zu handeln. Wir fordern daher, dass der Staat, die Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts es sich zur Aufgabe machen, die Energieversorgung des Landes unter Berücksichtigung auch regionaler Gesichtspunkte auf erneuerbare Energien umzustellen. Wir haben dazu einen entsprechenden Antrag auf Gesetzesänderung im Bayerischen Landtag eingebracht (Drucksache 16 / 6448). Mit der Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung wollen wir seine zukunftsweisende Bedeutung für das Gemeinwohl unterstreichen und den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien damit auch gesetzlich

verbindlich gestalten. Die bisherigen Ziele der bayerischen Klimaschutzpolitik gehen uns in diesem Punkt nicht weit genug.

Natürlich sind wir uns dessen bewusst, dass Bayern im Alleingang den Klimawandel nicht aufhalten kann. Aber wir wollen mit unserer Initiative Zeichen setzen und eine Vorreiterrolle einnehmen, in der Hoffnung, dass andere Akteure unserem positiven Beispiel folgen. Dabei genügt es freilich nicht, den Klimaschutz als Verfassungsziel festzuschreiben, wir brauchen vielmehr konkrete Maßnahmen, die dazu beitragen, dieses Ziel auch zu verwirklichen.

Mit der Förderung regionaler landwirtschaftlicher Produkte wollen wir auch zur Reduzierung der CO₂-Emissionen beitragen. Regionale Produkte können vor Ort reifen und nach der Ernte schnell in den Handel und zum Verbraucher kommen. Weite Transportwege, die Lärm und Abgase verursachen und einen hohen Energieaufwand benötigen, können so zumindest teilweise vermieden werden. In einem ersten Schritt konnten wir erreichen, dass zukünftig verstärkt regionale Produkte in staatlichen Einrichtungen verwendet werden (Drucksache 16 / 2700). Auf diesem Weg gilt es weiterzugehen! Dazu gehört auch die vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. begründete und bundesweit vorbildliche Initiative „bio-regional-fair“ (siehe www.bioregionalfair-bayern.de), die noch stärkere Verbreitung finden müsste.

Nach unserer Überzeugung ist es unumgänglich, die Möglichkeiten der sozialen Marktwirtschaft stärker als bisher mit den Anforderungen an Umweltverträglichkeit und damit auch Klimaschutz zu verbinden. Nur wenn es uns gelingt, Ökologie und Ökonomie miteinander zu koppeln, hat unser Land und hat der ganze Globus realistische Entwicklungschancen. Wir sehen deshalb die Förderung erneuerbarer Energien durchaus auch unter dem Aspekt von nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Die erneuerbaren Energien bringen ein Wertschöpfungspotenzial in Milliardenhöhe mit sich – gerade für ländliche Regionen ist dies eine bemerkenswerte Entwicklungsperspektive, die auch die Bedeutung des ländlichen Raums für unser Land stärkt.

Wir sind uns dessen bewusst, dass es nicht möglich sein wird, die angestrebten Klimaschutzziele von heute auf morgen zu erreichen, dazu ist vor allem auch ein Umdenken nötig. Wir wollen deshalb mit der von uns gestarteten regionalen Energieoffensive zu dieser Bewusstseinsbildung und damit zu einer veränderten Energiepolitik aktiv beitragen. Mit der „regio-

nen Energieoffensive“ will die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Wertschöpfung der Energieerzeugung wieder in den Kommunen ansiedeln. Wir sprechen uns dabei für eine Diversifizierung der Energiewirtschaft aus. In zahlreichen Veranstaltungen vor Ort zeigen wir, wie die Energiewende unserer Meinung nach mit Wasser- und Windkraft, Biomasse, Photovoltaik und Geothermie gelingen kann. Die Diversifizierung der Energiewirtschaft bildet zusammen mit Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz den sogenannten Energiedreisprung. Am Beispiel des Klimawandels wird deutlich, dass viele Aufgaben ohne Unterstützung der kommunalen Aufgabe nicht gelöst werden können.

Gerade Eine Welt-Politik kann unserer Meinung nach aber nicht ausschließlich eine Aufgabe politischer Parteien und Gruppierungen sein. Hier ist vielmehr eine Kooperation mit anderen nötig, vor allem mit den im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen bayerischen Eine Welt-Institutionen, auch mit Umweltschutzorganisationen, caritativen Einrichtungen oder kirchlichen Institutionen. Es gilt, mit den jeweiligen Akteuren im Gespräch zu bleiben bzw. noch mehr als bisher den Kontakt mit ihnen zu suchen. Die Arbeit in Non-Profit-Unternehmen kann aber längst nicht ausschließlich von bezahlten Kräften geleistet werden.

Wir brauchen deshalb in diesem Bereich unbedingt Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und durch ihr Mitwirken sowohl die Gesellschaft in unserem Land als auch internationale Partnerschaften aktiv gestalten. Dazu gibt es bereits vielerlei positive Beispiele – ich möchte nur an die über 220 Eine Welt-Läden in Bayern (www.fairerhandel-bayern.de) erinnern, die von zahlreichen Ehrenamtlichen betrieben werden. Auch mit den in Bayern bereits vorhandenen Umweltstationen wurde ein Netzwerk der Bildung für nachhaltige Entwicklung geschaffen, in dem ehrenamtliche Arbeit überwiegt.

Wir unterstützen das Konzept der flächendeckenden Verbreitung von Eine Welt-Stationen in Bayern, weil hier lokal wertvolle Anlaufstellen für Fragen rund um das globale Lernen bzw. des Fairen Handels geschaffen werden. Aber dieses Ehrenamt braucht auch Unterstützung.

Für uns FREIE WÄHLER ist deshalb im Zusammenhang mit Eine Welt-Politik auch die Förderung und Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements ein ganz wesentlicher Aspekt. Das Jahr 2011 ist das „Europäische Jahr des Ehrenamts“. Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben verlauten lassen, eine Offensive für das Ehrenamt starten zu wollen.

Wir wollen in diesem Zusammenhang ein bayernweites Netz an Koordinierungszentren errichten, um, wie geplant, flächendeckend eine Ehrenamts-card einführen zu können. Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang auch eine aktuelle Bestandsaufnahme, die die aktuellen Entwicklungen, Trends und Zukunftsperspektiven des Bürgerschaftlichen Engagements analysiert. Nur so können nämlich von politischer Seite wirksame Steuerungsinstrumente installiert werden.

Ein so wichtiges Thema wie Eine Welt erfordert unserer Meinung nach die konstruktive Zusammenarbeit aller Landtagsfraktionen. Eine Welt-Themen sollten nicht zur Profilierung einzelner Parteien dienen, stattdessen ist es notwendig, dass hier möglichst viele Parteien und Organisationen „an einem Strang ziehen“. Die FREIEN WÄHLER begrüßen daher erste Schritte in diese Richtung, wie sie sich in drei fraktionsübergreifenden Anträgen bereits abzeichnen. Wir begrüßen deshalb auch die Gründung einer Stiftung Bayern–Eine Welt, die u.a. die Ziele verfolgen soll, Organisationen und Einrichtungen zu unterstützen, die in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit tätig sind, und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen, die von bayerischen Organisationen durchgeführt werden. Auch das ist unserer Meinung nach ein wichtiger Schritt, mit dem die Förderung entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden kann. Es ist wichtig, dass diese Thematik im Bayerischen Landtag noch eine stärkere Bedeutung erhält. Dies gelingt durch einen jährlichen Bericht über die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Freistaates im Landtag und die Bündelung dieser Bereiche in der Bayerischen Staatskanzlei. Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.